

Europa, das Friedensprojekt, verwandelt sich in eine kriegstreiberische Diktatur

Die Illusion von Europa als demokratischem Friedensprojekt schwindet zusehends.



17. April 2026 | Editorial

Die europäischen Nationen werden durch Krieg und Militarismus zerstört, und zu diesem Wahnsinn kommt hinzu, dass ihre politische Klasse und die Medien diesen Prozess mit immer größerer Geschwindigkeit vorantreiben.

Das Schicksal des Kontinents könnte kaum tragischer sein, wenn man bedenkt, dass er aus der Asche des Zweiten Weltkriegs mit der Hoffnung hervorgegangen ist, ein Vorbild für den internationalen Frieden zu sein.

Die polarisierenden Wahlen in Ungarn in dieser Woche, bei denen die Regierung von Viktor Orbán abgewählt wurde, standen ganz im Zeichen des politischen und finanziellen Drucks, den die EU-Führung auf Budapest ausübte, weil Orbán sich standhaft gegen die Kriegstreiberei Brüssels gegenüber Russland gewehrt hatte. Die Ungarn gaben ihre Stimmen inmitten der von Brüssel verursachten Turbulenzen und der Energieerpressung durch das von der NATO unterstützte Regime in Kiew ab.

Es bestehen Befürchtungen, dass andere EU-Staaten, wie beispielsweise die Slowakei, einem ähnlichen Angriff auf ihren demokratischen Prozess ausgesetzt sein werden, sollten sie sich nicht der Agenda der Elite beugen, die alles auf eine existenzielle Konfrontation mit Russland ausrichtet.

Die europäischen Bürger leiden unter einer Wirtschaftskrise, die durch den Stellvertreterkrieg der NATO und der EU gegen Russland ausgelöst wurde. Die Kosten für Kraftstoff, Energie, Lebensmittel und andere Lebenshaltungskosten schießen als direkte Folge von Krieg und Militarismus in die Höhe.

Zunächst wurden die Energielieferungen aus Russland durch staatlich verordnete Sanktionen unterbrochen. Nun hat Trumps Aggression gegen den Iran die Energielieferungen aus dem Persischen Golf beeinträchtigt, wodurch Europa doppelt gefährdet ist.

Anstatt den Kurs umzukehren, scheinen die europäischen NATO-Staaten entschlossen, mit Vollgas auf einen katastrophalen Absturz zuzusteuern. Dies wirft grundlegende Fragen zur demokratischen Vertretung auf. Gibt es diese in Europa, einschließlich Großbritannien, überhaupt noch?

In dieser Woche wurden in Großbritannien lautstark massive zusätzliche Ausgaben für den Militärhaushalt gefordert, die durch Kürzungen bei den Investitionen in die Sozialfürsorge und andere öffentliche Dienstleistungen finanziert werden sollen. Angeführt wurden diese Forderungen von einem ehemaligen britischen Minister, George Robertson.

„Lord Robertson“, der Mitglied des nicht gewählten britischen Oberhauses ist, war zudem von 1999 bis 2003 Generalsekretär der NATO. Er drängt die britische Regierung seit langem dazu, den Militärhaushalt aufzustocken, obwohl Zahlen [zeigen](#), dass Großbritannien mehr für die sogenannte Verteidigung ausgibt als jemals zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges.

In einem vielbeachteten öffentlichen Vortrag behauptete Robertson mit einem Anflug von Hysterie: „Wir sind unzureichend vorbereitet. Wir sind unzureichend abgesichert. Wir werden angegriffen. Wir sind nicht sicher ... Die nationale Sicherheit und der Schutz Großbritanniens sind in Gefahr.“

Sein Fazit: „Wir können Großbritannien nicht mit einem wachsenden Sozialhaushalt verteidigen.“

Das ist dieselbe schädliche Illusion, die der derzeitige NATO-Chef Mark Rutte und andere kriegstreiberische europäische Politiker wie er verbreiten. Nämlich, dass Rekordausgaben für das Militär nicht ausreichen und dass Sozialausgaben gekürzt werden müssen, um noch weitere Aufstockungen der Streitkräfte und der Waffenarsenale zu finanzieren, von denen ein Teil an das neonazistische Regime in Kiew geliefert wird, um Krieg gegen Russland zu führen.

Mit seinem üblichen Versprecher [machte](#) Rutte einmal die bizarre, aber aufschlussreiche Bemerkung: „Verteidigung fällt nicht in dieselbe Kategorie wie illegale Drogen und Pornografie. In die Verteidigung zu investieren ist eine Investition in die Sicherheit. Das ist ein Muss.“

Laut NATO-Zahlen geben die 30 europäischen Mitgliedsländer [durchschnittlich](#) 20 Prozent mehr für das Militär aus. Im vergangenen Jahr beliefen sich die Gesamtausgaben auf 500 Milliarden Dollar. Und dennoch, so wird uns gesagt, reicht das nicht für die „Sicherheit“. In den nächsten zehn Jahren werden die europäischen Nationen, darunter Großbritannien, dazu [gedrängt](#), ihre Militärbudgets zu verdoppeln. Die Vereinigten Staaten unter Trump planen, 1.500 Milliarden Dollar für ihr Militär bereitzustellen.

Der ehemalige britische Diplomat Peter Ford [verurteilte](#) das, was er als „Sozialhilfe für die Kriegsführung“ bezeichnete. Er warnte, dass dies die britische Gesellschaft und die anderer europäischer Länder zerstöre.

„Wir sollten nicht mehr Geld für das ausgeben, was irreführenderweise als Verteidigung bezeichnet wird“, schreibt Ford, der auch stellvertretender Vorsitzender der Workers Party of Britain ist. „Wir wären sicherer, wenn wir weniger ausgeben, weniger postimperiale Selbstdarstellung betreiben,

Konflikte eher entschärfen als verschärfen und uns auf die innenpolitische Lage konzentrieren würden, wo so vieles vernachlässigt und heruntergekommen ist.“

Eine weitere vernünftige Stimme ist die von Professor Richard Murphy, der andeutete, dass Lord Robertson und seinesgleichen, die Krieg schüren, „der wahre Feind“ Großbritanniens und Europas seien.

„Bei der Verteidigung geht es nicht [nur] um Waffen, Budgets oder den Schutz von Eliteninteressen im Ausland“, [kommentierte](#) Prof. Murphy. „Bei der Verteidigung geht es darum, Menschen zu schützen. Es geht darum, sicherzustellen, dass die Menschen frei von Angst leben können – frei von physischer Bedrohung, von Armut, von Not und von der sozialen Instabilität, die das Gefüge einer Nation von innen heraus untergräbt. Nach dieser Definition, die die einzige ist, die tatsächlich der Mehrheit der britischen Bürger dient, ist die soziale Sicherheit nicht der Feind der Verteidigung: Sie ist deren Fundament.“

Die Armut in der britischen Gesellschaft nimmt, wie auch im übrigen Europa, zu. Schätzungen zufolge leben in Großbritannien über 14 Millionen Menschen – mehr als 20 Prozent der Bevölkerung – in Armut. Jedes dritte britische Kind wächst in benachteiligten Haushalten auf und leidet unter unzureichenden Wohn-, Ernährungs-, Bildungs- und Gesundheitsbedingungen.

Kriegstreiberische europäische Eliten wie Robertson, Rutte, Kaja Kallas und Ursula von der Leyen, die persönlich von der Rüstungsindustrie in Form lukrativer Karrieren und Lobbyarbeit profitieren, rechtfertigen ihre undemokratischen politischen Entscheidungen, indem sie ständig irrationale Bedrohungen heraufbeschwören, die angeblich von Russland, dem Iran, China oder einem anderen angeblichen Feind ausgehen.

Ihre Kriegspsychose führt nicht nur zur Verarmung der Mehrheit der Arbeitnehmer und Bürger, sondern ist zudem selbstverstärkend und selbstzerstörerisch. Die internationalen Spannungen, die eine solche Kriegstreiberei hervorruft, führen aufgrund der empfundenen Unsicherheit und Bedrohung zu weiteren irrationalen Forderungen nach noch mehr Militarismus.

Großbritannien und andere europäische Staaten müssen mit der Kriegstreiberei aufhören. Insbesondere braucht Europa Regierungen, die nicht von Russophobie und der Paranoia eines Denkens im Stil des Kalten Krieges getrieben sind.

Ahnungslose europäische Regierungen und Medien haben dem von den USA angeführten transatlantischen militärisch-industriellen Komplex nachgegeben, der illegale Kriege anzettelt, was wiederum zu massiven Migrationsproblemen, gefährlichen internationalen Spannungen, die außer Kontrolle geraten könnten, und nun, wie wir sehen, zu enormen wirtschaftlichen Auswirkungen durch das Chaos im Energiehandel geführt hat.

Um das Ganze noch schlimmer zu machen und Öl ins Feuer zu gießen, fordern die Eliten, dass die grundlegenden demokratischen Rechte der Bürger ausgehöhlt werden. Das Wahldebakel in Ungarn ist ein bedrohliches Zeichen der Zeit. Eine kriegstreiberische Diktatur schreibt den Menschen vor, wie sie wählen sollen, um ein vorab festgelegtes Ergebnis zu erzielen: mehr Krieg.

Die Illusion von Europa als demokratischem Friedensprojekt schwindet rasch. Es kehrt zu seinem historischen Muster zurück: Ein von der Elite getriebenes kriegstreiberisches System, in dem Frieden zu einem Schimpfwort geworden ist.